

Editorial

Zur Arbeitsmarktlage

Österreich gehört zu den Ländern, welche die Wirtschaftskrise 2008/2009 bisher relativ gut überstanden haben. Im Krisenjahr 2009 erreichten die Arbeitsplatzverluste und der daraus resultierende Anstieg der Arbeitslosigkeit zwar zunächst das befürchtete Ausmaß, sie konnten aber durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen relativ schnell begrenzt werden. Das ist nicht zuletzt auf das Funktionieren der Sozialpartnerschaft und die Bereitschaft der Regierung, antizyklische Politik zu betreiben, zurückzuführen. Trotzdem stiegen die Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen um fast 80.000 auf mehr als 850.000 und der Jahresdurchschnittsbestand auf mehr als 260.000. Krisenbedingt waren die Höherqualifizierten vom Anstieg der Arbeitslosigkeit stärker betroffen als die Geringqualifizierten. Ursprünglich war erwartet worden, dass die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem im Jahr 2010 den Arbeitsmarkt mit voller Wucht treffen würden. Tatsächlich sank die Gesamtbeschäftigung im Vorjahresvergleich dann jedoch nur insgesamt 14 Monate, und bereits ab März 2010 begann wieder eine zunächst zaghafte Arbeitsmarkterholung. Gewöhnlich beginnt die Arbeitslosigkeit erst nach einer längeren Zeit des Beschäftigungsanstiegs allmählich wieder zu sinken. Letztes Jahr hingegen sanken die jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen im Vorjahresvergleich bereits im ersten Monat des Beschäftigungsanstiegs, was zum Teil auch auf die Zunahme der Schulungsmaßnahmen durch das AMS zurückzuführen war. Aber auch die Zahl der Arbeitsuchenden (einschließlich der Schulungsteilnehmer) begann im Juni 2010 zu sinken.

Zu Beginn des Jahres 2008 kam es zu einer Umstellung der ÖNACE-Wirtschaftsklassensystematik, und im Februar 2011 folgte eine Revision dieser Beschäftigungsstatistik durch den Hauptverband der Sozialversicherungsträger rückwirkend bis Januar 2008. Durch die beiden Umstellungen sind Vergleiche mit den Jahren bis 2007 nur sehr eingeschränkt möglich. Darüber hinaus hat sich der Verlauf der jüngsten Krise zumindest für manche Branchen in den unrevidierten Daten etwas anders dargestellt als in den rückgerechneten. Den weiteren Ausführungen dieses Textes liegt ausschließlich die letztgültige Version der Beschäftigungsstatistik zugrunde.

2011 kam es dann zu einer unerwartet starken Beschäftigungsentwicklung: Im ersten Halbjahr lag die Gesamtbeschäftigung im Durchschnitt um mehr als 60.000 über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres und auch um mehr als 20.000 höher als im Vergleichszeitraum 2008 vor der Krise.

So weit so gut. Es werden jetzt die ersten Stimmen laut, die sagen, die

Krise sei überwunden, und man müsse sich wieder Gedanken machen über die „unmittelbar bevorstehende Arbeitskräfteknappheit“. Fachkräfte seien des Übrigen sowieso immer knapp.

Es kann jedoch keine Rede davon sein, dass die Arbeitsmarktkrise schon überwunden wäre. Trotz der dynamischen Beschäftigungsentwicklung, befinden wir uns erst in der Frühphase der Arbeitsmarkterholung, und es zeichnet sich ab, dass die Krise dauerhafte Spuren im österreichischen Beschäftigungssystem hinterlassen wird, zumal sich die Konjunkturaussichten wieder merklich abzukühlen beginnen. Die Wachstumserwartungen für 2012 sind nach unten korrigiert worden. Aufgrund der Entwicklungen auf den Finanzmärkten und den daraus resultierenden Sparzwängen für fast alle Staaten ist außerdem die Wahrscheinlichkeit einer erneuten schweren Wirtschaftskrise, welche weite Teile der entwickelten Welt erfassen könnte, inzwischen beängstigend hoch.

Doch auch wenn der schlimmste Fall nicht eintritt und sich die Konjunkturaussichten stabilisieren, wird es noch längere Zeit dauern, bis in Österreich die Arbeitsmarktkrise überwunden sein wird, in dem Sinne, dass die wichtigsten Arbeitsmarktindikatoren wieder ihre Vorkrisenwerte erreichen.

Im ersten Halbjahr 2011 lag die Arbeitslosenzahl bei durchschnittlich 253.000. Das sind um knapp 14.000 weniger als im selben Zeitraum des Krisenjahres 2009, aber noch immer um 39.000 mehr als im Vergleichszeitraum vor der Krise. Die Zahl der Arbeitsuchenden war sogar um 25.000 niedriger als im ersten Halbjahr 2010, aber um fast 53.000 höher als 2008. Es ist also bisher gelungen, in etwa ein Drittel des krisenbedingten Anstiegs der Arbeitslosigkeit wieder abzubauen.

Im ersten Halbjahr 2009 war die Arbeitslosigkeit bei den 20- bis 29-Jährigen am stärksten gestiegen, gefolgt von den 45- bis 49-Jährigen. Damit waren auch in Österreich die Jugendlichen und die jungen Erwachsenen die Hauptleidtragenden des Beschäftigungseinbruchs. Die Entwicklung verlief jedoch bei Weitem nicht in dem katastrophalen Ausmaß wie in den europäischen Ländern, in denen die Jugendarbeitslosigkeit auch vor der Krise schon dramatisch hoch gewesen war. In Spanien und Griechenland liegt die Jugendarbeitslosenquote bereits bei mehr als 40%; insgesamt sind in der EU fünf Millionen Jugendliche arbeitslos. Das Risiko einer dauerhaft erhöhten Jugendarbeitslosigkeit bestand und besteht aber auch in Österreich.

Inzwischen hat sich das Bild etwas verändert: Während die Jugendlichen von der guten Beschäftigungsentwicklung profitieren konnten und der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit (auch unter Einbeziehung der Schulungsteilnehmer) auch zu etwa einem Drittel wieder abgebaut werden konnte, steigt die Arbeitslosigkeit der über 50-Jährigen noch immer. Lediglich unter Einbeziehung der Schulungsteilnehmer ergab sich im

ersten Halbjahr 2011 ein leichter Rückgang. Aus jetziger Sicht droht also auch ein dauerhafter Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den Älteren.

Auch regional betrachtet zeigen sich einige Unterschiede: Zu Beginn der Krise stieg die Arbeitslosigkeit in fast allen Bundesländern, abgesehen von Wien, wo der Zuwachs zunächst nur moderat war. Vor allem Oberösterreich, aber auch Salzburg, Kärnten und die Steiermark hatten die größten Probleme. Jetzt, nach einigen Monaten der Arbeitsmarkterholung, haben prozentuell gesehen noch immer Oberösterreich und Kärnten die größten Abstände zum Vorkrisenniveau, während in der Steiermark die Arbeitslosigkeit markant zurückging und nur noch knapp 8% höher war als vor der Krise. Die Bundeshauptstadt hingegen hat die Probleme zeitverzögert, aber dafür umso hartnäckiger bekommen: Nur in Wien stieg die Arbeitslosigkeit auch im ersten Halbjahr 2011 noch immer. Die Wiener Arbeitsmarktp Probleme dürften aber nur zum Teil auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen sein. Hier spielt auch eine Reihe von Sonderfaktoren eine Rolle. Vor allen dürfte das alte Problem wieder akut geworden sein, dass in Wien insgesamt zu wenig und vor allem zu wenig geeignete Arbeitsplätze entstehen, um das durch Zuwanderung wachsende Arbeitsangebot in Beschäftigung zu bringen.

Wie nicht anders zu erwarten, zeigt eine branchenweise Betrachtung der Wirtschaftskrise ein sehr heterogenes Bild.

Am stärksten von der Krise betroffen war die Sachgüterproduktion. Hier begann der Beschäftigungseinbruch genau genommen schon im Jahr 2008, aber wegen der ÖNACE-Umstellung sind gesicherte Vorjahresvergleiche erst ab 2009 möglich. Auf dem (Branchen-)Höhepunkt der Krise, im Sommer 2009, betrug der Beschäftigungsrückgang zeitweise über 40.000 bei den eigenen Beschäftigten, und es gab einen starken Abbau der Leiharbeit. Erst im Juli 2010 kam es wieder zu leichten Beschäftigungsgewinnen, die im ersten Halbjahr 2011 deutlich an Dynamik gewannen. Insgesamt hatte die Sachgüterproduktion im ersten Halbjahr 2011 wieder 10.000 Beschäftigungsverhältnisse mehr als ein Jahr zuvor, aber gegenüber dem Vorkrisenhalbjahr blieb ein deutliches Minus von über 32.000.

Große Beschäftigungseinbußen von bis zu 20.000 in manchen Monaten gab es auch bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, und hier vor allem bei den Personalverleihern. Der Bereich Personalverleih, welcher vor allem auch die Sachgüterproduktion mit Leiharbeitern versorgt, begann etwa ein halbes Jahr früher als diese wieder einzustellen. Das entspricht dem üblichen Krisenmuster, dass Produktionsbetriebe im Aufschwung anfangs noch zögern, selbst wieder Personal einzustellen, und zunächst verstärkt auf Leiharbeit zurückgreifen. Jedenfalls haben die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen inzwischen kräftig expandiert, und die Zahl der Beschäftigten liegt heute um 7.000 über dem Vorkrisenniveau.

Bedeutende Arbeitsplatzverluste gab es auch in den der Produktion nachgelagerten Bereichen, besonders im Verkehr und der Lagerei. Unter den bedeutenderen Branchen, was die Beschäftigtenzahlen anbetrifft, ist Verkehr und Lagerei die eine, wo der Beschäftigungsabbau noch immer nicht zum Stillstand gekommen ist. Gegenüber 2008 sind hier inzwischen fast 11.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Ebenfalls weiter schrumpfend sind die Beschäftigtenzahlen in den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, wo sich die Arbeitsplatzverluste bisher auf 2.800 kumuliert haben. Im Grundstücks- und Wohnungswesen gibt es seit zwei Monaten wieder eine geringfügige Erholung; hier gingen alles in allem 1.800 Arbeitsplätze verloren.

In Handel kam es bis 2010 zu einem zwischenzeitlichen Verlust von fast 5.000 Arbeitsplätzen, der aber inzwischen mehr als wettgemacht werden konnte. Im ersten Halbjahr 2011 lag die Handelsbeschäftigung um 4.300 über dem Vorkrisenniveau. Auch die Baubeschäftigung hat sich heuer wieder erholt, liegt aber noch um etwa 5.000 unter dem Niveau von 2008.

Entgegen den ursprünglichen Befürchtungen führte die Wirtschaftskrise im Tourismus nicht zu dauerhaften Arbeitsplatzverlusten. Im Verlauf des Jahres 2009 kam es zwar wohl zu vorübergehenden Beschäftigungseinbrüchen, sowohl in der Gastronomie als auch in der Hotellerie. Im Beherbergungswesen kam es zwischen März und November 2009 zu einem Beschäftigungseinbruch um durchschnittlich 1.100 oder 1,5%. In der Gastronomie dauerte der Rückgang von März bis August und betrug durchschnittlich 1.300 oder 1,3%.

Inzwischen gibt es im Tourismus wieder bemerkenswerte Beschäftigungszuwächse. Während die Gesamtbeschäftigung in Österreich im ersten Halbjahr 2011 nur um 0,6% über dem 1. Halbjahr 2008 lag und die Dienstleistungsbeschäftigung insgesamt um 2,7%, konnte der Tourismus einen Beschäftigungszuwachs von 3% verzeichnen. Dieser Zuwachs entfiel allerdings zur Gänze auf die Gastronomie; in der Hotellerie stagniert die Beschäftigung, obwohl die Nächtigungen in Österreich wieder zunehmen.

Bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen konnten die geringen Beschäftigungsrückgänge bis März 2010 den dynamischen Aufwärtstrend im Jahresvergleich nur verlangsamen. Der Beschäftigtenstand liegt hier um fast 14.000 über dem Vorkrisenniveau.

Vollkommen unberührt von der Krise war das Gesundheits- und Sozialwesen. Gegenüber 2008 wuchs die Zahl der Arbeitsplätze um 19.000. Mehr als die Hälfte dieses Zuwachses entfiel auf das Sozialwesen.

Der Bereich öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung hatte ebenfalls über den gesamten Beobachtungszeitraum Beschäftigungszuwächse, welche sich bis 2011 auf gut 10.000 kumuliert haben. Im Erziehungs-

und Unterrichtswesen wuchs die Beschäftigung um gut 12.000. Ungewöhnlich ist die Beschäftigungsentwicklung in der Land- und Forstwirtschaft: Nach einer langen Zeit der Stagnation mit leichtem Abwärtstrend kam es im ersten Halbjahr zu einem Beschäftigungswachstum um mehr als 1.800; das entspricht einem Zuwachs von mehr als 10%. So erfreulich die unerwartet starke Dynamik des Beschäftigungswachstums war, so sind die meisten Arbeitsmarktprobleme bisher bestenfalls abgemildert. Mehr als die Hälfte des Beschäftigungszuwachses fand im öffentlich finanzierten oder zumindest kofinanzierten Bereich statt. Angesichts der angespannten Lage fast aller öffentlichen Haushalte stellt sich die Frage, ob Zuwächse in dieser Größenordnung in den nächsten Jahren weiterhin finanziert werden können.

Der mit der Krise einhergehende Verlust an Industriearbeitsplätzen wird nach der Einschätzung der meisten Experten zum größeren Teil dauerhaft sein, wobei nicht der gesamte Abbau an Arbeitsplätzen durch die Krise erklärt werden kann. Die Krise war auch eine Zeit, in der mit weniger Protesten als sonst Arbeitsplätze verlagert werden konnten. Industriearbeitsplätze sind im Allgemeinen gute Arbeitsplätze, in dem Sinne dass sie ganzjährige Beschäftigung bei relativ guter Bezahlung bieten und in der Regel eine größere Stabilität der Erwerbskarrieren bedeuten. Nur ein Teil der im Zuge des Strukturwandels im Dienstleistungssektor neu entstehenden Arbeitsplätze verfügt über eine bessere oder zumindest gleichwertige Qualität. Insbesondere nimmt die Zahl der Arbeitsplätze, die nicht mehr als eine prekäre Beschäftigung bieten, ständig zu. Der Verlust von Industriearbeitsplätzen ist eine der treibenden Kräfte der Prekarisierung von Dienstleistungsarbeitsplätzen, einerseits, weil die besser bezahlten Alternativen für die Beschäftigten weniger werden, andererseits weil eine wichtige Vorbildfunktion für die Gestaltung von Arbeitsplätzen an Bedeutung verliert.

Auch wenn der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in Österreich weit weniger gravierend war als in den meisten anderen europäischen Ländern, so besteht dennoch die Gefahr einer dauerhaften Verfestigung dieses Problems, wenn die Politik nicht rasch und entschieden gegensteuert.